

Massiv mehr Raubüberfälle im Thurgau

SVP-Kantonsräte Pascal Schmid und Denise Neuweiler sehen einen Zusammenhang mit den offenen Grenzen.

Hans Suter

«Was ist bloss los im Thurgau? Die Häufung der brutalen Raubüberfälle beunruhigt», schreiben die SVP-Kantonsräte Pascal Schmid (Weinfelden) und Denise Neuweiler (Zuben) in einem Vorstoss an den Regierungsrat. «Raub ist kein Kavaliersdelikt. Raub ist ein schweres Gewaltverbrechen, das mit Freiheitsstrafe bis zu zehn Jahren bestraft wird.» Jeder Raub hinterlasse zudem traumatisierte Opfer.

In einer Einfachen Anfrage richteten sie deshalb fünf Fragen an den Regierungsrat zur Entwicklung der Anzahl Raubüberfälle, mögliche Gründe, Ermittlungsquoten und polizeiliche Massnahmen.

Zahl der Raubüberfälle hat sich verdoppelt

In seiner Beantwortung bestätigt der Regierungsrat die von Schmid und Neuweiler beobachtete Zunahme: «Bei der Kantonspolizei wurden im Jahr 2022 im Kanton Thurgau insgesamt 49 Raubüberfälle verzeichnet.» Gegenüber den 25 Raubüberfällen im Jahr 2021 kommt dies einer Verdoppelung gleich. «Worauf die Zunahme der Raubüberfälle von 2021 auf 2022 zurückzuführen ist, kann nicht abschliessend beantwortet werden», relativiert der Regierungsrat.

2020 seien 19 und im Jahr zuvor 27 Raubüberfälle verzeichnet worden. Die Zahlen zwischen 2019 und 2020 seien also rückläufig gewesen. Ein längerfristiger Trend sei somit nicht erkennbar.

Aufklärungsquote bei 52,6 bis 68 Prozent

Die Aufklärungsquote bei den Raubüberfällen lag 2022 bei 55,1 Prozent, 2021 bei 68 Prozent,



Überfall auf die Volg-Filiale in Roggwil am 8. April 2023: Der Täter bedroht die Verkäuferin mit einer Pistole.

Bild: Kapo Thurgau

ein Jahr zuvor bei 52,6 Prozent und im Jahr 2019 bei 63 Prozent. Präzise Angaben liefert der Regierungsrat auch zur Frage nach dem Anteil der Ausländer und deren Aufenthaltsstatus. Bei den aufgeklärten Raubüberfällen im Jahr 2022 wurden 18 Schweizer Staatsbürger sowie 38

Personen mit anderer Nationalität ermittelt: 8 mit Status B (Aufenthaltsbewilligung), 10 mit Status C (Niederlassungsbewilligung), 8 mit Status F/N/S (vorläufig Aufgenommene / Asylsuchende / vorübergehender Schutz an Schutzbedürftige) sowie 10 Ausländer mit an-

derem Status. Für das Jahr 2021 wurden 17 Schweizer und 18 ausländische Staatsangehörige registriert. 2020 waren es 15 Schweizer und 12 ausländische Staatsangehörige und im Jahr zuvor 23 Schweizer und 9 ausländische Staatsangehörige. Verlässliche Angaben über den



Kantonsrat Pascal Schmid, SVP, Weinfelden. Bild: Reto Martin



Kantonsrätin Denise Neuweiler, SVP, Zuben. Bild: Ralph Ribi

Zusammenhang zwischen diesen Delikten und den offenen Grenzen sowie den wachsenden Migrations- und Flüchtlingsbewegungen sind laut dem Regierungsrat nicht möglich. «Generell kann festgehalten werden, dass die Kantonspolizei die Lageentwicklung auch im Bereich der Raubüberfälle ständig verfolgt und daraus die notwendigen polizeitaktischen Massnahmen ableitet und umsetzt.» Die Erkenntnisse aus der Analyse der Delikte würden auch für die Schwerpunkttätigkeit der Polizei berücksichtigt.

«Jetzt muss gehandelt werden – und zwar spürbar»

SVP-Kantonsrat Pascal Schmid sieht die Zahlen weitaus kritischer als der Regierungsrat. «Ich bin über die Zahlen erschrocken, sie sind noch schlimmer, als ich befürchtet habe», sagt der Weinfelder Rechtsanwalt. «Vor allem die massive Zunahme. Erschrocken bin ich auch über den hohen Ausländeranteil.» 2022 seien zwei Drittel der Raubüberfälle von Ausländern verübt worden. Das deutet für ihn darauf hin, dass die offenen Grenzen und unkontrollierten Migrationsströme eben doch ihren Einfluss haben, auch wenn das der Regierungsrat nicht sehen wolle. «Wenn wir die Probleme nicht sehen wollen, können wir sie auch nicht lösen.» In

den Augen von Schmid sind Konsequenzen angezeigt. «Wir müssen endlich konsequenter werden bei den Ausschaffungen. Wir sind in der Schweiz zu lasch im Umgang mit Kriminellen, vor allem bei Gewalt- und Sexualdelikten.» Man müsse sich vor Augen führen, dass unter den Tätern viele Menschen seien, die hier Schutz suchen, weil sie angeblich verfolgt sind, und von uns finanziell unterstützt werden. «Und was tun sie? Sie begehen Raubüberfälle.»

Das sieht auch SVP-Kantonsrätin Denise Neuweiler so. Der Ausländeranteil bei den ermittelten Tätern und Täterinnen mache schnell klar, dass die durch Personen mit Migrationshintergrund verübten Taten zunehmen. Dadurch werde der Eindruck nochmals verstärkt, dass dies mit den offenen Grenzen und der Einwanderung im Zusammenhang stehe. «Die steigende Zahl der Raubüberfälle ist schwarz auf weiss belegt und darf nicht noch weiter zunehmen», betont Neuweiler, die berufliche Gemeindepräsidentin von Langgrickenbach ist. «Leider hat es der Regierungsrat in seiner Antwort unterlassen, konkrete Massnahmen aufzuzeigen. Wir sind klar der Meinung, dass jetzt gehandelt werden muss – und zwar spürbar.»

Journal

Neue Mitglieder für die Sportkommission

Der Regierungsrat hat Andreas Diethelm (Kanuverband), Raphael Iseli (Judo- und Karateverband), Karin König-Ess (Turnverband) und Monika Ribi-Bichsel (Verband Schulgemeinden) per 21. April für die verbleibende Amtsdauer als Mitglieder der Sportkommission gewählt. Sie ersetzen Erich Pfister, Urs Schrepfer, Philipp Schwager und Stephan Tobler. (red)

ANZEIGE



Thurgauer Grundbuchämter haben Konjunktur

Auch 2022 wickelten die Thurgauer Grundbuchämter und Notariate überdurchschnittlich viele Geschäfte ab.

Nachdem die Grundbuchämter und Notariate im Jahr 2021 so viele Geschäfte in den Bereichen Grundstücks-, Gesellschafts-, Ehegüter- und Erbrecht abgewickelt hatten wie nie zuvor, ist im vergangenen Jahr die Geschäftslast zwar wieder etwas zurückgegangen. Mit rund 14 500 öffentlichen Beurkundungen, mehr als 6300 Beglaubigungen und knapp 22 000 Grundbucheintragen lagen die Zahlen aber weiterhin auf hohem Niveau.

Die Anzahl der Handänderungen von Grundstücken ist um rund 10 Prozent zurückgegangen. Daraus ist erkennbar, dass der Immobilienhandel aufgrund der allgemeinen Konjunkturlage und der höheren Zinsen etwas abflacht. Die Grundbuchämter sind im Gegenzug aber mit deutlich komplexeren Geschäften, zum Beispiel im Zusammenhang mit

der Verdichtung im Baugebiet oder bei familieninternen Hausübertragungen, konfrontiert.

Mehr erbrechtliche Beratungen

Bei den Notariaten nimmt wegen der Einführung des revidierten Erbrechts die Nachfrage nach erbrechtlichen Beratungen markant zu. Dagegen sind die Auswirkungen des neuen Aktienrechtes und der Bedarf nach entsprechenden Statutenänderungen und anderen Anpassungen, die beurkundet werden müssen, noch nicht abschätzbar. Weiterhin sinkend ist die Nachfrage nach Vorsorgeaufträgen.

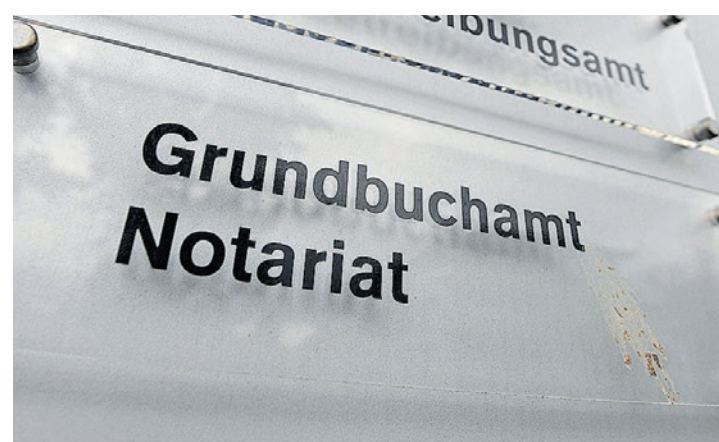
Die Anzahl der Erbfälle, die durch die Notariate abzuwickeln sind, liegt mit über 3300 eröffneten Dossiers rund 10 Prozent über der Vor-Corona-Zeit. Auch in diesem Bereich werden die Arbeiten immer anspruchsvoller

und die Fälle komplexer. Die Notariate müssen erkennen, dass die lebzeitigen Regelungen der Erblasserinnen und Erblasser zunehmend ungenügend sind und sowohl für die Erben wie auch die Behörden und Gerichte zu oft unnötige Umtriebe

und viel Aufwand bedeuten. Um diesem Trend entgegenzuwirken wird den Einwohnerinnen und Einwohnern empfohlen, die Dienstleistungen der Notariate vermehrt in Anspruch zu nehmen und sich rechtzeitig beraten zu lassen.

Die Grundbuch- und Notariatsverwaltung geht davon aus, dass die Geschäftslast weiterhin hoch bleiben wird. Damit die Kundinnen und Kunden weiterhin gut und effizient bedient werden können, passen die fünf Abteilungen ihre Organisation laufend an die veränderten Verhältnisse an, und es werden weitere Schritte bei der Digitalisierung von Abläufen unternommen. Zudem wird sehr viel in die Ausbildung von Lernenden und die Weiterbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter investiert, um dem Fachkräftemangel entgegenwirken zu können.

Die Gebühreneinnahmen der Grundbuchämter und Notariate sind im Jahr 2022 leicht, auf rund 30 Millionen Franken, zurückgegangen. Zudem verlangten die Grundbuchämter Handänderungssteuern in der Höhe von rund 34 Millionen Franken. (red)



Die Thurgauer Grundbuchämter wickelten auch 2022 überdurchschnittlich viel Geschäfte ab. Bild: Reto Martin